Pränumerations-Preise:
Für Laibach:
Ganzjährig . . . 6 fl. — kr.
Halbjährig . . . 3 „ — „
Vierteljährig . . . 1 „ 50 „
Monatlich . . . — „ 50 „
Mit der Post:
Ganzjährig . . . 9 fl. — kr.
Halbjährig . . . 4 „ 50 „
Vierteljährig . . . 2 „ 25 „
Für Zustellung ins Haus vierteljährig 25 kr., monatlich 9 kr.
Einzelne Nummern 5 kr.

Laibacher Tagblatt.

Redaktion:
Bahnhofgasse Nr. 132.
Expedition und Inseraten-Bureau:
Kongreßplatz Nr. 81 (Buchhandlung von J. v. Kleinmayr & F. Bamberg).
Insertionspreise:
Für die einspaltige Petitzeile 3 kr. bei zweimaliger Einschaltung à 5 kr. dreimal à 7 kr.
Insertionsstempel jedesmal 30 kr.
Bei größeren Inseraten und öfterer Einschaltung entsprechender Rabatt.
Anonyme Mittheilungen werden nicht berücksichtigt; Manuskripte nicht zurückgesendet.

Nr. 44. Mittwoch, 24. Februar. — Morgen: Walpurga. 1869.

Die Parteien im Lande.*

VI. Das Schlußwort.

Wüßten wir, daß der Geist der Unversöhnlichkeit, wie ihn die sogenannten Führer der Nationalen und noch mehr ihre Journale offen zur Schau tragen, auch den ganzen Volksstamm der Slovenen beherrsche, so wäre die ganze Artikelreihe und die in denselben ausgesprochene Möglichkeit einer Verständigung als ein von Haus aus verunglücktes Unternehmen, als eine müssige Spielerei zu betrachten. Glücklicher Weise denkt das Volk anders, als es uns die Führer glauben machen wollen, es ist Vernunftgründen zugänglich.

Wir haben es ausgesprochen, daß der Anknüpfungspunkt einer Verständigung in den liberalen Prinzipien liege, und daß diese früher oder später allgemeine Anerkennung finden müssen.

Eine Verständigung in diesem Sinne ist möglich und es erübrigt uns nur noch, die Bedingungen festzustellen, welche eine solche durch natürliche Motive ermöglichen können.

Fürs erste, wie wir in unserem Artikel es ausgesprochen, wollen wir den Streit der Parteien führen, wie es bei politisch reifen Völkern üblich ist, es soll der politische Anstand gewahrt werden. Diese Bemerkung ist nicht so sehr gegen die Bauernfäuste gerichtet, mit denen man uns gelegentlich gedroht hat, sondern vielmehr gegen jene Fäuste, die die Freiheit der Presse dazu mißbrauchen, um unsere soziale Existenz zu gefährden, welche die Berufsstellung des einzelnen aus unlauteren Motiven in den politischen Streit ziehen, welche Proskriptionslisten verfertigen und Terrorismus und Vergewaltigung auf ihre Fahne schreiben, welche von uns als von einer in Krain zur Miethe wohnenden Partei sprechen, welche einer wohlberechtigten politischen Partei ihre Berechtigung streitig machen wollen. Solche Hausherrnansprüche sind politische Undinge in einem wohlorganisirten, auf der Basis allgemeiner Bürgerrechte und Pflichten aufgebautem Staate.

Die zweite und wichtigste Bedingung einer Verständigung ist die rückhaltslose Anerkennung der Verfassung. Dieser Boden der Verfassung sei der Fechtboden für die ferneren Kämpfe, haben wir etwas auszutragen, so wollen wir auf dem genannten gesetzlichen Boden vor die Mensur treten.

Die Verfassung trägt in sich die Gewähr der freien Entwicklung des Menschen, des Volkes, des Staates. Man hat aber nationalerseits die Verfassung nur mit Widerwillen angenommen, nur in Folge einer Regierungspression, gewissermassen aus Opportunität; man negirt sie noch vielfach und benützt nur einzelne Paragrafe, weil sie just in den Kram passen, z. B. das Versammlungsrecht zum Arrangement von Tabors, den elastischen § 19 zur Vergewaltigung widerstrebender Meinungen.

Hält man die Verfassung für mangelhaft (auch uns gilt sie nicht als unabänderlich), so bietet sie selbst die Mittel und Wege zu Abänderungen auf gesetzlichem Boden. Wir werden uns mit bisherigen Gegnern, welche die genannten zwei Bedingungen akzeptiren, sehr leicht über die großen freiheitlichen Fragen verständigen, in deren erster Linie Emanzipation der Schule und der Lehrer, die Freiheit des Glaubens und Gewissens, die Volksaufklärung überhaupt steht. Die Differenz in der Sprachenfrage löst sich am natürlichsten durch die Selbstbestimmung der Gemeinde, welche die Schule erhält, also ebenfalls auf dem Wege der Freiheit und nicht auf jenem der Vergewaltigung und der Kuratelsverhängung.

Wir haben bereits erörtert, daß außer der Differenz in der Freiheits- und der Sprachenfrage auch Differenzen in staatsrechtlichen Fragen zwischen beiden Parteien bestehen.

Eine Verständigung in diesen Fragen ist unter den bisherigen Verhältnissen nicht spruchreif, denn hiezu ist vor allem nöthig, daß die Nationalen uns definitiv sagen, was sie eigentlich wollen. Die Slovenen sind nämlich von ihren Führern durch Mangel jeder staatsmännischen Begabung so vor der Oeffentlichkeit bloßgestellt worden, daß jedermann, der eine Verständigung wünscht, eine Garantie vor der Wiederkehr fantastischer Anforderungen haben müßte, ehevor er sein Schicksal an die vagen staatsrechtlichen Pläne der Nationalen knüpfen könnte.

Die Führer der Nationalen pflegen bekanntlich von Jahr zu Jahr ein anderes staatsrechtliches Programm aufzustellen, in welchem sie das frühere wieder umstürzen, so daß einen unwillkürlich der Gedanke beschleicht, sie wissen selbst nicht, was sie wollen. Da haben die Führer seinerzeit erklärt, daß sie den Reichsrath nur unter gewissen Bedingungen beschicken wollen. Darauf wurde der Landtag aufgelöst, die Führer brachten einen zweiten Landtag mit derselben Majorität zusammen, und dieselben Führer, derselbe Landtag, dieselbe Majorität hat beschlossen, den Reichsrath rücksichtslos anzuerkennen und zu beschicken, ohne uns über ihre Sinnesänderung eine Aufklärung zu geben. Die Führer der Nationalen stellten seinerzeit das Marburger Programm auf, dann kehrten sie wieder zum Königreich Slovenien zurück; heute wollen sie einen slovenischen Hofkanzler, morgen einen illirischen Minister. Es regnet Programme, und erst vor einigen Tagen lasen wir abermals ein Fantasiestück staatsmännischer Produktivität der Führer.

Das zweifelhafte Lob, welches Beust seinerzeit den Slovenen im Reichsrathe für die Beschickung desselben gezollt, wofür er sie mit einer Eisenbahn belohnt hat, war wohl die schärfste Kritik, welche die Führer zu erdulden hatten, denn sie haben sich und ihre Parteigenossen kompromittirt. Gesetzt den Fall, wir stimmten dem letzten Programme der Führer bei, wer garantirt uns, daß sie den nächsten Tag nicht wieder ein neues aufstellen, welchem wir nicht beistimmen können. Denn die Führer leben von der Hand zum Mund, indem sie sich mit Opportunität füttern, die gewöhnliche Kost für alle, welche an Prinzipienlosigkeit leiden. Können uns jene Führer eine Garantie für die Stabilität ihrer Prinzipien bieten, wenn sie sich etwas zugute darauf thun, daß sie dem Großgrundbesitz gegenüber angeblich liberal waren und gleichzeitig den klerikalen Bestrebungen die Hand bieten und das Volk mit Severinusvereinen glücklich machen wollen? Zwei Dinge muß ein Volksmann haben, will er anders seine Autorität bewahren: Freiheitssinn und staatsmännische Begabung, doch keines von beiden besitzen die nationalen Führer, daher sie die Rolle von Volksmännern nicht spielen können. Wohl hängt noch die Firmatafel der Führerschaft an ihren Häusern, theils aus Gewohnheit, theils aus althergebrachter Pietät, theils gehalten von lebensunfähigen Allianzen, wir wollen den traurigsten Fall nicht annehmen: aus Mangel an Ersatz. Und hätten sie auch die obigen zwei Dinge, so fehlt ihnen der Lebensnerv der politischen Existenz — die politische Konsequenz.

Das Resultat unserer Betrachtung ist demnach folgendes: Eine Verständigung der Parteien ist möglich. Sie mögen sich nicht nach Abstammung, sondern nach politischer Tendenz gruppiren. Die liberale Partei, eins nach außen, verständiget sich in Stamm- und Sprachenfrage nach dem freiheitlichen Prinzipe der Selbstbestimmung. Unterhandlungsbedingung ist Anstand in der Wahl der Waffen bei Streitfragen, unbedingte Anerkennung der Verfassung und das Fahrenlassen von staatlichen Träumereien, welche die Gemüther nur zu beunruhigen vermögen, ohne die Aussicht zu haben, von einem segensreichen Erfolge je gekrönt zu werden.

* Siehe Nr. 3, 8, 15, 25 und 34.

Politische Rundschau.

Laibach, 24. Februar.

Als Beweis, bis zu welchem Grade sich zuweilen die Fantasie der Herren Korrespondenten erhitzt, diene nachstehende Notiz der „Morgenpost," die die Verantwortlichkeit dafür jedoch ebenfalls ihrem Herren Korrespondenten überlassen zu müssen glaubt: An dem Ausgleich mit Böhmen wird rüstig gearbeitet und ist der Grundriß desselben nahezu fertig. Damit im Zusammenhange wird auch die Frage der Ministerpräsidentschaft und die Frage der Neugestaltung des Reichsrathes gelöst. Letzterer soll auf verfassungsmäßigem Wege in eine Delegation der Königreiche und Länder umgewandelt werden. Dr. Giskra wird Minister-Präsident, Graf Taaffe geht als Gouverneur nach Böhmen und Plener scheidet aus dem Ministerium, wofür ein Böhme und ein Südslave (Slovene) in dasselbe eintreten.

In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses interpellirt Plankensteiner den Kultusminister, wann er das Volksschulgesetz vorzulegen gedenkt. Der Unterrichtsminister beantwortet die Interpellation Tomans über die Schulaufsichtsordnung und erklärt, die Verordnung halte sich streng an die bestehenden Gesetze. Eine Verschiebung der Verordnung sei unmöglich gewesen, weil das Gesetz die Ausführung verlangte. Auf Antrag Tomans wurde über die Antwort des Ministers eine Debatte eröffnet. Sturm weist nach, daß der Minister zur Vollzugsverordnung nach den Reichsgesetzen verpflichtet war. Redner hegt kein constitutionelles Bedenken. Es sprechen noch Giovanelli, Hanisch, Svetec, Figuly. Der Unterrichtsminister widerlegt

die Vorwürfe und weist nach, er habe das Landtagsrecht nicht verletzt, sondern nur die Reichsgesetzgebung gewahrt (lebhafter Beifall), sodann Tagesordnung.

Die Wiener Gewerbetreibenden bereiten eine Massenpetition an das Abgeordnetenhaus vor. In einer Versammlung der Buchbindergenossenschaft am vergangenen Sonntag wurde nämlich eine Petition an den Reichsrath wegen Einführung direkter Reichsrathswahlen und zugleich beschlossen, dieselbe sämmtlichen Genossenschaften zum Anschluß mitzutheilen. In dieser Petition wird weiters die Vermehrung der Abgeordnetenzahl um mindestens das doppelte gefordert und endlich das Verlangen gestellt, das jetzige Abgeordnetenhaus möge die Berathung und Beschlußfassung über die so wichtige Steuerreform dem vermehrten und in seiner Basis reformirten neuen Abgeordnetenhause überlassen.

Trotz des Votums des belgischen Senates, welcher das Eisenbahngesetz mit großer Majorität annahm, wenn auch bis in seinen Sitzungssaal der wüste Lärm der französischen chauvinistischen Presse hineintönte, wird diese „Frage" doch als erledigt betrachtet. Es ist nicht gelungen die öffentliche Meinung im erwünschten Grade in Erregung zu bringen, vielmehr tritt der unabhängige, freisinnige Theil der französischen Presse mannhaft für das Selbstbestimmnngsrecht des kleinen Nachbarlandes ein.

Die Erklärung des Finanzministers Frère-Orban im belgischen Senat, die nach Pariser Telegrammen dort sehr kühl aufgenommen worden, ist in mancher Hinsicht sehr bemerkenswerth. Er anerkannte, daß die rasche Votirung des Gesetzentwurfes die Gemüther auswärts verletzen mußte. Es sei nicht überraschend, daß die schlecht unterrichtete Pariser Presse hierin einen Akt der Feindseligkeit erblickt habe. Minister Frère protestirte aber gegen die Insinuationen gewisser Organe der Pariser Presse. Ich kenne nicht — sagt er persönlich Bismarck, ich glaube aber nicht, daß er in schimpflicher Weise sich hinter uns verstecken möchte; wenn ihm ein solcher Gedanke beifiele, so würden wir eine Antwort darauf geben, die sich ziemen würde, zu ertheilen. Frère konstatirte hierauf die Gefühle der Simpathie Belgiens für Frankreich. Die Entstehung der Republik und hierauf des Kaiserreiches verursachten anfänglich Befürchtungen. Als aber dieser erste Moment vorüberging, waren unsere Beziehungen stets wohlwollend. Es ist nicht das Gefühl seiner Macht, wohl aber das der Gerechtigkeit und des Rechtes, welches die Haltung Frankreichs diktirt. Frère schloß seine Erklärungen, indem er sagte: „Da die belgische Regierung durch die Journale vom 30. Dezember den Abschluß des Kontraktes erfuhr, so war der eingebrachte Gesetzentwurf dringlich geworden."

Der „Constitutionnel" erinnert, daß der belgische Ministerpräsident Frère-Orban Werth darauf gelegt hat, durch eine wohlwollende Sprache im voraus dem Votum des Senates jede Frankreich wenig freundschaftliche Bedeutung zu benehmen. Die Zukunft, sagt dieses Journal, wird die Absichten der belgischen Regierung ans Licht bringen. Man müsse den Gebrauch abwarten, den sie von diesem Gesetze machen wird. Die sympathischen Versicherungen des Ministers Frère-Orban erlauben zu hoffen, daß die Thatsachen unsere gute Meinung von der Weisheit und den freundschaftlichen Gefühlen unserer Nachbarn rechtfertigen werden.

Aus Mexiko wird gemeldet, daß in mehreren Staaten dieser Republik ein Aufstand ausgebrochen ist. Negreta hat sich Puebla's bemächtigt. Viele Insurgenten von Kuba unterwarfen sich der Behörde.

Die Frage des Stimmrechtes der Neger ist in den Vereinigten Staaten endlich mit einer Zweidrittel-Majorität zu Gunsten derselben entschieden worden und wird, wenn sie den Senat passirt, als konstitutionelles Amendement der Ratifikation der einzelnen Staaten vorgelegt werden, wobei es, um Giltigkeit zu erlangen, von drei Vierteln der Staaten angenommen werden muß. Bei der Abneigung, welche im Norden noch dagegen besteht und welcher selbst so entschiedene Radikale, wie Bingham und Baker, die dagegen stimmten, Rechnung tragen mußten, ist es sehr zweifelhaft, ob eine solche Majorität sich dafür aussprechen wird. Der gegenwärtige Kongreß mußte aber, soweit es von ihm abhängt, die Frage noch vor seinem Rücktritt zur Entscheidung bringen, da im nächsten Kongresse die Republikaner nicht mehr über eine Zweidrittel-Majorität verfügen.

Zur Tagesgeschichte.

— Als bestimmt wird versichert, daß der Kaiser von Agram aus sich nach Fiume begeben und sowohl die adriatische Küste als Triest besuchen wird. Man spricht davon, daß auch ein Abstecher nach der Insel Lissa in Aussicht genommen sei.

— In militärischen Kreisen will man, wie das „W. T." meldet, wissen, daß zum Landeskommandirenden von Niederösterreich an die Stelle des FZM. Hartung ein Mitglied des kaiserlichen Hauses, entweder Erzherzog Wilhelm oder Erzherzog Leopold ernannt werden soll. Dagegen wird dem „Ung. Ll." aus Wien gemeldet, daß Hartung das Großkreuz der eisernen Krone nebst einem wohlwollenden kaiserlichen Handschreiben erhalten hat, worin das Pensionirungsgesuch des Generals zurückgewiesen wird.

— Die Berathungen des Gesetzentwurfes über die Einführung der obligatorischen Zivilehe schreiten im konfessionellen Ausschuß so langsam vorwärts, daß nur sehr geringe Aussicht vorhanden ist, die Vorlage noch im Laufe dieser Session vor das Plenum des Abgeordnetenhauses gelangen zu sehen.

— Oesterreich und Ungarn haben in England Kontrakte wegen bedeutender Lieferungen von Eisenbahnschienen abgeschlossen.

— Der Bischof von Linz hat sich, wie der „Volksf." aus kompetenter Quelle erklärt, nicht vor dem Untersuchungsgerichte gestellt und hat überhaupt noch gar keine Vorladung erhalten.

— Der Detailbericht des Festungs-Kommando's Lissa über die Katastrofe Sr. Majestät Fregatte „Radetzky" ist gestern in Wien eingelangt. Aus demselben geht zunächst hervor, daß bis zum Abgange des Berichtes (am 22. d. M., 8 Uhr 40 Minuten Abends) leider nicht mehr Personen, als die in der bereits bekannten Liste verzeichneten, gerettet werden konnten. Die Aussagen der Geretteten entbehren, wie dies bei dem Gemüthszustande derselben erklärlich, noch jener Klarheit, um ein zusammenhängendes und zuverlässiges Bild der traurigen Katastrofe und ihrer Motive zu bieten. Die 23 Geretteten befanden sich im Augenblicke der Explosion theils in der Batterie, theils auf Deck und im Panzerdeck; der Kommandant, Schiffskapitän Daufalik und der Wachoffizier Schiffslieutenant Jäger auf der Kommando-Brücke. Der Hauptdetailbericht wird von dem Festungskommando Lissa erst für jenen Zeitpunkt in Aussicht gestellt, bis sämmtliche Gerettete kommissionell einvernommen worden sind.

— Bei einer der letzten Fastenkauserien eines bekannten Predigers in Wien befand sich unter den Zuhörern auch ein junger Mann, der andächtig zuhörte und das vernommene hie und da aufzeichnete. Plötzlich sah er sich von rückwärts gefaßt und an die Luft gesetzt. Der Kirchendiener hielt ihn für den Berichterstatter eines „Judenblattes" und war stolz auf seine That. Später erst — schreibt man der „Tagespost" — stellte sich zum Leidwesen des Meßners heraus, daß der „Hinausgeworfene" der Korrespondent der in Linz erscheinenden klerikalen „katholischen Blätter" war.

— Professor Virchow hielt letzten Donnerstag in Berlin einen sehr interessanten Vortrag über das Thema, ob der Mensch wirklich, wie Karl Vogt behauptet, vom Affen abstamme, und er gelangte zu dem Resultat, es sei positiv irrthümlich, daß der Mensch ein höher entwickelter Affe sei. Durch die Entwicklnng des Affen könne nie ein Mensch werden; mit jedem Jahre der Entwicklung des Affen werde vielmehr der Unterschied vom Menschen größer. Man müsse ferner berücksichtigen, daß es nur in der alten Welt, nicht aber in Amerika menschenähnliche Affen gibt. Die Beweisführung Vogt's leide überhaupt an dem großen Mangel, daß er sich einseitig auf eine bloße Vergleichung des Schädels eingelassen habe. Virchow erklärte dann, daß es ebensowenig möglich sei, die Abstammung aller Menschen von einem einzigen Menschenpaare nachzuweisen, denn noch niemals seien von einem weißen Elternpaare schwarze Kinder geboren worden, und selbst dann, wenn Weiße in eine tropische Gegend zogen, bekamen sie keine schwarze Nachkommenschaft. Wissenschaftlich betrachtet sei deshalb die Frage der Einheit des Menschengeschlechtes ebensowenig bewiesen, ebenso in der Luft schwebend, wie die Abstammung des Menschen und des Affen von einem gemeinsamen Urahn.

— Die Arbeiten am Suezkanal werden sehr eifrig betrieben; zwar ist noch sehr viel zu thun übrig, wenn wirklich im Oktober d. J. ein Messagerie-Dampfer durchgehen soll, wie es versprochen wird; denn dazu ist eine Tiefe von mehr als 20 Fuß nothwendig. Indessen behaupten alle beim Kanal Angestellten, dies werde erzielt werden. Wer einem Kanalbeamten gegenüber einen Zweifel ausspricht über die Möglichkeit, noch alle bestehenden Hindernisse in 8 Monaten zu überwältigen, dem wird sogleich eine gewaltige Wette angeboten, nicht etwa Pari, sondern gleich drei gegen Eins, fünf gegen Eins, was eine unleugbar einschüchternde Wirkung macht, denn noch wagte niemand die Wette anzunehmen. Uebrigens ein paar Monate früher oder später kommt nicht im Betracht, da der sichere Fortschritt unleugbar ist.

Lokal- und Provinzial-Angelegenheiten.

Lokal-Chronik.

(Probewahlen.) Gestern fand die sehr zahlreich besuchte Probewahl des II. Wahlkörpers statt, welche Herr Dr. von Kaltenegger mit einer kurzen Ansprache einleitete. In Folge der hierauf vorgenommenen Wahl wurden als Kandidaten für diesen Wahlkörper aufgestellt die Herren: Bürger, Deschmann, Dr. Kaltenegger, Dr. Keesbacher, Mahr, Professor Pirker, Rudesch, Dr. Schöppl, Stedry W., Dr. Suppan. Heute Abends findet, und zwar gleichfalls im Saale der Schießstätte, die Probewahl für den III. Wahlkörper statt.

— (Vorlesung im Kasino.) Die erste der beiden populär-wissenschaftlichen Vorlesungen, die im Laufe der Fastenzeit im Kasino stattfinden werden, wird am nächsten Samstag Herr Finanzsekretär Ertl halten. Das Thema ist: „Ein Ausflug in das Gebiet der Tartüfferie." Wir sehen der Behandlung des gewiß sehr interessanten Gegenstandes mit Spannung entgegen.

— (Konzert der filh. Gesellschaft.) Am nächsten Freitag wird im landschaftlichen Redoutensaale durch die filh. Gesellschaft zum besten ihres Fondes aufgeführt: Antigone, nach Sophokles mit leitendem Gedichte von Christian Kaffner, Musik von Felix Mendelssohn-Bartholdy. Anfang um ½ 8 Uhr Abends. Das leitende Gedicht wird von Herrn Bergmann gesprochen. Eintrittskarten à 50 kr. ö. W. können in der Kleinmayr'schen Buchhandlung und der Handlung des Herrn Karinger, sowie auch an der Kasse gelöst werden. Eben daselbst ist auch das leitende Gedicht sammt dem Gesangtexte für 10 kr. zu haben.

— (Eine Ehrenbeleidigungsklage.) „Mit Harren und Hoffen — hat's mancher getroffen." Dieser Spruch sollte sich an einem bereits ergrauten Jünger der Themis erwahren, dem mit der Freigebung der Advokatur endlich die Pforte des stallus advocandi geöffnet werden sollte, nachdem ihm der Eintritt in jene Hallen bei all seinen „rühmlichen Gestionsdokumenten als Richter, Kommissär, befähigter Advokat und Privatmann" und trotz mehrmal wiederholten Anklopfens hartnäckig verweigert worden war. Doch wie Prinz Tamino in der „Zauberflöte" zum Schlusse seiner Prüfungen noch zwei harte Proben zu bestehen hat, nämlich die Feuer- und Wasserprobe, so sollte auch

unser Vielgeprüfter vor seiner endlichen Erlösung noch der kritischen Sonde der Gerichtsbehörden und der hiesigen Advokatenkammer unterzogen werden. Die Feuerprobe der Gerichtsbehörden ging schnell und günstig von statten, indem seinem Gesuche um Ablegung des Advokateneides in kürzester Frist Folge gegeben wurde, was auch den Bewerber zu einer öffentlichen Dankeserklärung an die Gerichte in der „Laibacher Zeitung" veranlaßte. Doch mit der Bewilligung der Eintragung in die Advokatenliste wollte es durchaus nicht vorwärts gehen, sein an die Advokatenkammer diesfalls gerichtetes Gesuch erhielt nach 24 Tagen noch immer keine Erledigung, daher der Gesuchswerber mit seinem öffentlichen Danke zugleich eine scharfe Anfrage an die Advokatenkammer in die Zeitung einrücken ließ. Doch außer dieser langen Geduldprobe verfolgt noch weiteres Mißgeschick den Vertheidiger des Rechtes. Gestern Nachmittags spielte sich in dem Gerichtssaale des städtisch-delegirten Bezirksgerichtes eine Schlußverhandlung wegen Ehrenbeleidigung mit demselben ab, die mit seiner Verurtheilung zu einer Geldstrafe von 15 fl. oder zu dreitägiger Arreststrafe endete. Veranlassung bot eine Mustersammlung von Höflichkeiten, deren unser Tamino des Rechtes in seinen Satzschriften sich zu bedienen pflegt, die man jedoch in Knigge's „Umgang mit Menschen" vergebens sucht, daher auch der Vertreter der Gegenpartei, einer seiner zukünftigen Standesgenossen, es vorzog, den Reformator des Anstandes in Satzschriften durch die Gerichtsbehörde einer höflicheren Sprache zu belehren. Der Angeklagte bediente sich bei seiner Vertheidigung sogar dem Richter gegenüber eines Tones, der ihm mehrere Verweisungen zuzog und einen sonderbaren Kommentar zu seinem öffentlichen Danke an die Gerichtsbehörden bildet. Man ist begierig, ob unser schwergeprüfter Advokaturskandidat abermals eine Anfrage an die Advokatenkammer in die „Laibacher Zeitung" einrücken lassen oder es nicht etwa vorziehen wird, eine Abhandlung über den Spruch: „Höflichkeit zieret den Mann und kostet nichts," zum eigenen Gebrauche zu verfassen.

— (Wahlenthaltung.) Nach einer Mittheilung der heutigen „Novice" ist der Ausschuß des Vereins „Slovenija," welcher bekanntlich aus den Führern der Nation besteht, der übereinstimmenden Ansicht, sich bei den bevorstehenden Wahlen für den Laibacher Gemeinderath gar nicht zu betheiligen. Dieser Gegenstand ist übrigens auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung des Vereins „Slovenija" am 1. März gestellt, und sollte diese Ansicht auch vom Vereine getheilt werden, so hätte der Korrespondent des „Slovenski narod," dessen der „Novice" sehr unliebsame Korrespondenz auch in unserem Blatte erwähnt wurde, die Situation ganz richtig beurtheilt.

— (Ein Beitrag zur Kompetenzüberschreitung der geistlichen Ehegerichte.) Unsere Leser werden sich noch der Interpellation erinnern, die der Abgeordnete Weichs erst vor kurzem wegen der Fortsetzung der Thätigkeit der geistlichen Ehegerichte an den Justizminister gerichtet hat. Auch unser hiesiges Ehegericht soll noch am 21. November v. J., also zu einer Zeit, wo dessen Wirksamkeit bereits längst erloschen war, amtsgehandelt haben, so daß das k. k. Landesgericht Laibach Anlaß gefunden hat, die betreffenden Parteien in der Sache zu informiren und sie auf die Nichtigkeit der fraglichen Verfügung aufmerksam zu machen.

— (Originelle Annonce.) Die „Klagenfurter Ztg." vom 18. d. M. enthält folgende, etwas eigenthümliche Kundmachung: „Die Omnibus-Unternehmung Karl Brand in Villach übernimmt die Sendung sowohl von beseelten als Vegetal- oder Mineral-Waaren, ohne Platz- und Tarifs-Unterschied und in Kisten ganz neuer Erfindung und seines ausschließlichen Eigenthums nach Pontafel, Südeuropa und Nord-Afrika."

— (Im Tolmein'schen) wurde — wie die „Görzer Zeitung meldet — von der Mehrzahl der Gemeinden beschlossen, zur Förderung der Predilbahn in der Art und Weise zu wirken, daß von jedem Steuergulden ein Zuschlag von 40 Kreuzern für 5 Jahre zur Grundablösung einzuheben sei. 40 Kreuzer in 5 Jahren macht jährlich 8 Kreuzer per Gulden. Diese Zulage wird von dem Beginn der Arbeiten für die genannte Bahn an gezahlt, da um diese Zeit eben dadurch auch der Verdienst der arbeitenden Klasse steigen wird. Dieser Zuschlag ist daher leicht zu entrichten. — Aber auch jene Gemeinden in Tolmein, die nicht in der Lage sind, Geldbeiträge zu leisten, entwickeln in der Bahnfrage einen lobenswerthen Eifer. So haben die ärmeren Gemeinden sich erboten, zu je 200 bis 300 Arbeiter unentgeltlich zu den Eisenbahnarbeiten zu stellen.

— (Raubwild.) Im Ternovanerwalde, schreibt die „Görzer Ztg.," gibt es bekanntlich, Dank der extravaganten Passionen hoher Nachbarn, mehrere Wölfe, welche den Rehstand und auch dann und wann die Nutzthiere der Gebirgler dezimiren. Den Bemühungen des kais. Forstpersonales gelang es, am 9. d. eine große Wölfin mit Strichnin zu vergiften, welche auch am 11. d. der Görzer Bezirkshauptmannschaft zur Agnoszirung eingeliefert wurde. Es ist zwar eine Wölfin vertilgt — aber statt dieser ist reichlicher Ersatz eingetroffen, und zwar nichts weniger als ein Bär und ein Luchs! Die letztere Gattung Raubthiere ist schon seit dem Jahre 1855 nicht mehr im Ternovaner Walde vorgekommen und es wird alle Aufmerksamkeit der obigen Jäger erfordern, dieses gefährlichen Gastes habhaft zu werden.

— (Für die Hinterbliebenen der Mannschaft der Fregatte des „Radetzky") ist in Triest sofort mit anerkennenswerther patriotischer Opferwillgkeit eine öffentliche Sammlung veranstaltet werden, die sehr namhaften Erfolg hat; das zweite Verzeichniß weist bereits über 500 fl. aus; außerdem hat die bekannte Firma Morpurgo 600 fl. und FML. Möring 100 fl. gespendet. In der vorgestrigen Handelskammersitzung beantragte Josef Morpurgo, den Hinterlassenen der auf der „Radetzky" Verunglückten eine Unterstützung zu gewähren; die Börsedeputation wird darüber nächstens einen Vorschlag machen.

np. (Theater.) „Die Ideen der Madame Auvray," des jüngern Duma's vieraktiges Charakterbild, ist in seiner Handlung von so gesuchter Originalität, in seiner Entwicklung, die sich schon nach dem ersten Akte ganz absehen läßt, so matt und in seinem Frauencharakter so auf die Spitze gestellt, daß es eher abstoßend als fesselnd wirkt, was besonders von der grellen Szene im dritten Akte zwischen Jeanne, ihrem Kinde und Tellier gilt. Die Madame Auvray, die alle zu ihren großartigen aber etwas starken Ideen zu bekehren sucht, gab Fr. Schmidts recht anständig, ebenso Frl. Arthur die „Jeanne" mit viel Natürlichkeit. Für die „Lucienne" ist Frl. Konradin die geeignetste Vertreterin und brachte das Fräulein die etwas übertriebene Naivetät des Kindes auf's reizendste zur Geltung, wofür sie unter der Szene und am Schlusse des vierten Aktes gerufen wurde. Den „Barantin" spielte Hr. Stefan, der bei seinem Erscheinen lebhaft empfangen wurde, vollkommen angemessen; die Herren Parth, Moser und Mathes befriedigten. Weit mehr sprach der mit einer zwar etwas magern Handlung, aber einem frischen, humoristischen Dialoge ausgestattete Schwank von Berg, „der Abgeordnete," an, und war es vor allen Frl. Jessika, welche, durch ihr scharf pointirtes Spiel viel Heiterkeit erregend, wiederholt gerufen wurde Frl. Solms, sowie Hr. Mathes und Bergmann wirkten mit Erfolg mit. Das Haus war leider nur schwach besucht.

Aus dem Vereinsleben.

Konstitutioneller Verein in Laibach. (Schluß.) Im weiteren Verlaufe des Abends referirte Dr. Kaltenegger über die Erwerbsteuer, Rentensteuer und Personaleinkommensteuer. Was die Erwerbsteuer anbelangt, so unterliegt derselben der Betrieb einer Erwerbsunternehmung und die Ausübung einer gewinnbringenden Beschäftigung, ohne Unterschied, ob die Unternehmung oder Beschäftigung selbstständig oder im Dienst- oder Lohnverhältnisse betrieben oder ausgeübt wird. Diese Steuer zerfällt in drei Klassen; die erste umfaßt alle von Aktiengesellschaften betriebenen Erwerbsunternehmungen und überhaupt Erwerbsgesellschaften, deren Geschäftsleiter zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichtet sind; die zweite alle übrigen selbständigen Unternehmungen und Beschäftigungen; die dritte die Bezüge aus Dienst- und Lohnverhältnissen. Die neue Erwerbsteuer hat also die bisherige eigentliche Erwerbsteuer und Einkommensteuer zu ersetzen. Die Grundlage der Steuerbemessung bildet in der ersten Klasse das erzielte Reinerträgniß, in der zweiten die durch Kommissionen ähnlich wie bei der Gebäudesteuer vorzunehmende Einschätzung, in der dritten die steuerbaren Bezüge, welche der Steuerpflichtige im Laufe des Steuerjahres zu genießen hat. Die Erwerbsteuer wird mit dem durch das jeweilige Finanzgesetz festgesetzten Perzentsatz bemessen, und zwar in der ersten Klasse vom ganzen Reinerträgnisse, in der zweiten vom kommissionell festgestellten Jahreserträgnisse, jedoch nach Abschlag a) von 10 Perz. bei Handelsunternehmungen und b) von 20 Perz. bei andern Gewerbsunternehmungen, in der dritten bei einem Einkommen bis 1000 fl. von 1/4 des Einkommens und bei höherem Einkommen für die ersten 1000 fl. von einem Fünftel, für die zweiten 1000 fl. von zwei Fünftel ꝛc. bis 4000 fl. und darüber, wo dann das ganze Einkommen besteuert wird. Ein Einkommen unter 600 fl. unterliegt in der dritten Klasse nur einer fixen Gebühr von einem Gulden. Bei diesen Steuermaßen ist jedoch namentlich für das Kleingewerbe (zweite Klasse b) eine Ueberbürdung zu befürchten; Redner zeigt in Beispielen, um wie viel schlechter letzteres künftig stehen würde, als bisher, und findet es insbesondere auffallend, daß im Gesetze bei der Besteuerung keine Rücksicht darauf genommen wurde, ob die Unternehmungen in der Stadt oder am Lande betrieben werden. Er beantragt daher als ersten hinsichtlich der Erwerbsteuer in die Petition aufzunehmenden Punkt:

Für die zweite Klasse wäre entweder ein höherer Abzug als 20 Perz. oder eine Skala wie bei der dritten Klasse einzuführen und bei der Besteuerung auch die Standorte der Unternehmungen zu berücksichtigen.

Eine andere Bestimmung des Gesetzes, welche den Grundsätzen der Billigkeit nicht zu entsprechen scheint, ist die, daß dem Reklamanten, dem doch die Beweispflicht auferlegt ist, nicht die freie Einsicht in die Bemessungsoperate gestattet ist, weshalb Referent vorschlägt, in die Petition ferner den Satz aufzunehmen:

Im Falle der Erhöhung des fatirten Einkommens sind die wesentlichen Faktoren der Erhöhung dem Steuerpflichtigen bekannt zu geben.

Uebereinstimmend mit den die Gebäudesteuer betreffen den Anträge sollen endlich auch hier wegen des keinem Rekurse unterliegenden Rechtes der Steuerbemessungsorgane, Ordnungsstrafen bis zu 100 fl. zu diktiren, und wegen des Umstandes, daß Strafbeträge in den Lokalarmenfond zu fließen hätten, petitionirt werden.

Nachdem sämmtliche Anträge von der Versammlung angenommen wurden, geht der Vortragende auf die Rentensteuer über, welche von den Zinsen der öffentlichen Fonds- und ständischen Obligationen, der Landesanlehen und der Dividenden von Aktien solcher Gesellschaften, welche der Erwerbsteuer nicht unterliegen, an Stelle der bisherigen Einkommensteuer eingehoben werden soll. Diese Steuer unterzieht mehrere durch die obige Ertragssteuer noch nicht getroffenen Objekte der Besteuerung und kann insoferne als eine nicht unbillige bezeichnet werden. Das betreffende Gesetz bietet keinen Anlaß zu weiterer Erörterung.

Am Schlusse behandelte Referent die Personal-Einkommensteuer und beleuchtet vorerst ihre eigenthümliche Qualität, wodurch sie sich von den bisher erörterten vier Ertragssteuern unterscheidet; während letztere auf bestimmte Objekte Rücksicht nehmen, soll hier lediglich das reine Einkommen einer bestimmten Person ohne Rücksicht auf seine Quellen getroffen werden. Steuerpflichtig sind nur fisische Personen und jene Korporationen, deren Mitgliedern kein Rechtsanspruch auf einen bestimmten Theil des Vermögens oder des Einkommens zusteht; nach dem strikten Wortlaute würden nun Gemeinde- und Landesvertretungen auch hieher gehören, so daß solches Vermögen dieser Steuer unterliege. Redner beantragt daher in die Petition aufzunehmen:

Es sei ausdrücklich zu erklären, daß nur Erwerbsgesellschaften, nicht aber Korporationen öffentlicher Natur unter den zur Entrichtung der Personaleinkommensteuer verpflichteten Korporationen inbegriffen seien.

Befreit sind alle Personen, deren Einkommen in geschlossenen Orten 700 fl., sonst 600 fl. nicht übersteigt. Zum Zwecke der Bemessung der Steuer werden die Steuerpflichtigen in 20 Klassen getheilt und die Steuer nach dem festgesetzten Tarife eingehoben. Hiebei ist allerdings die hohe Taxirung der Klassen auffallend, da diese Steuer doch nur als Ergänzung dienen soll; auch die Textirung ist eine unglückliche. Analog mit den übrigen Steuern stellt Referent dann noch Anträge wegen des Rekurses bei den Ordnungsstrafen und des Verfalls der Strafen zu Gunsten des Lokalarmenfondes. Als bemerkenswerth bespricht Redner endlich den § 24 des Gesetzes, daß der Steuerpflichtige für die Einzahlung mit seinem ganzen beweglichen und unbeweglichen Vermögen hafte. Behufs der Einbringung der Steuer ist dies selbstverständlich, soll darunter aber ein Pfand- oder gar Verzugsrecht gemeint sein, so wäre dies gerade bei dieser Steuer die ärgste Schädigung jedes Kredits. Referent beantragt daher in die Petition auch aufzunehmen: Der § 24 werde ganz gestrichen.

Sämmtliche Anträge des Referenten werden von der Versammlung genehmigt.

Finanzkonzipist Dimitz stellte sohin zum Personaleinkommensteuergesetz folgende Anträge:

Der Verein wolle beschließen: Eine bessere Progressirung des Tarifes bei der Personaleinkommensteuer wäre besonders mit Rücksicht auf das geringere Einkommen bis 1000 fl. wünschenswerth, indem nach dem Gesetzentwurfe das Einkommen von 600 fl. aufwärts im Verhältnisse zu dem Einkommen bis 600 fl., welches der Erwerbsteuer mit nur 1 fl. unterliegt, zu hoch besteuert ist.

Ferner:

Der Verein wolle beschließen und aussprechen: Es ist in der Billigkeit gegenüber den geringeren Einkommensklassen gegründet, die Progression des Personaleinkommensteuertarifs über die 20. Klasse hinaus mit 1/4 Perz. für je 10.000 fl. fortsetzen zu lassen.

Zur Begründung führt er an, die Einkommensteuer solle zur Erleichterung der Lasten des Realbesitzes beitragen, sie müsse also ergiebiger gemacht werden. Auch die Billig-

keit im Verhältnisse zu dem geringeren Einkommen erheische dies. Beide Anträge wurden, nachdem Dr. v. Kaltenegger sich damit im Prinzipe einverstanden erklärt, einstimmig angenommen, und der zum zweiten Antrag gestellte Gegenantrag des H. Richter, die Progression über die 20. Klasse hinaus nicht mit ¼ sondern mit 1 Perz. festzusetzen — abgelehnt.

Nachdem noch mit der Verfassung und Absendung der Petition der Ausschuß beauftragt worden war, wurde die Versammlung um 8¾ Uhr geschlossen.

Aus dem Gerichtssaale.

(Bauernattaken in Vir.) Heute fand beim hiesigen k. k. Landesgerichte die von uns bereits gestern angezeigte Schlußverhandlung gegen Thomas Zalokar, Johann Košak, Valentin Šmon und Franz Šmon wegen Verbrechens der schweren körperlichen Beschädigung nach §§ 152 und 155 lit. a und d St. G. statt. Vorsitzer Landesgerichtsrath Heinricher; Landesgerichtsräthe Perko und Kapretz; Staatsanwaltsubstitut Raunicher. Der Anklage entnehmen wir folgendes:

Am 2. August v. J. machten die Herren Hauptmann Schmidt, Oberlieutenant Bogner, Lieutenants Kralitz und Müller, dann Oberwundarzt Stocka, sämmtlich der in Vir stationirten Batterie Nr. 10 des 7. Feldartillerie-Regiments angehörig, einen Ausflug in das nahe gelegene Mannsburg, von wo sie gegen 9½ Uhr Abends den Heimweg antraten. In der Nähe der Ortschaft Rodica blieben die beiden erstgenannten Herren etwa um 100 Schritte gegen die andern drei zurück, die, kaum an der Stelle der Einmündung der Ebensfelder Allee angekommen, von zwei Burschen mit Steinen beworfen wurden. Die dort schon gewartet und sich jeder mit einem tüchtigen Vorrath ihrer Wurfgeschosse versehen hatten. Lieutenant Kralitz hatte seinen Säbel bei sich und alsbald gingen die Angegriffenen in die Offensive über und verfolgten nebst den inzwischen nachgekommenen beiden Herren, wovon Hauptmann Schmidt auch mit dem Säbel bewaffnet war, die Bursche, die in ein Haus retirirten. Die fünf Offiziere setzten nun vereint ihren Weg am Saume des Dorfes Rodica fort, hatten aber kaum wieder 60 bis 80 Schritte zurückgelegt, als plötzlich aus der Richtung des Hauses, wo die ersten Angreifer verschwunden waren, über eine mit Bäumen bepflanzte Wiese 5 bis 6 mit sehr großen Stangen bewaffnete Männer hervorstürzten und die Heimkehrenden neuerdings anfielen. Zuerst wurde Hauptmann Schmidt attakirt, der mit seinem Säbel zwar den Schlag auf den Kopf parirte, aber doch eine schwere Verletzung am Arm erhielt, indeß er dem Gegner einen Hieb am Kopfe beibrachte, der dann verwundet mit 2 bis 3 Kameraden die Flucht ergriff. Indessen hatte Lieutenant Kralitz einen zweiten Angreifer gleichfalls verwundet, der retirirend noch auf Hauptm. Schmidt stieß und von diesem auch noch einen Hieb erhielt, worauf er ebenfalls entfloh.

In einer dritten Gruppe rang Oberwundarzt Stocka mit einem der Bursche, erhielt mit der Stange einige leichte Verletzungen, warf ihn aber dann zu Boden, und als sich sein Gegner wieder aufraffte und ihn neuerdings angreifen wollte, wurde er daran durch einen Säbelhieb des inzwischen frei gewordenen Lieutenants Kralitz gehindert, in Folge dessen er liegen blieb. Nach diesen Vorfällen, die nur ganz kurze Zeit gedauert hatten und wobei auf keiner Seite etwas gesprochen wurde, gelangten die Offiziere, nicht weiter behelligt, nach Hause, wo jedoch, da sich die Nachricht verbreit hatte, daß sich an der Feistrizbrücke eine größere Menschenzahl ansammle, zum Schutze des Artillerieparkes und zur Sicherheit der Offiziere geeignete Vorkehrungen getroffen werden mußten. Bei der ganzen Sache war es nur dem glücklichen Zufalle zuzuschreiben, daß zwei Offiziere ihre Säbel bei sich hatten, sonst wäre der Ueberfall ohne Zweifel mit sehr schlimmen Folgen begleitet gewesen. Den Ergebnissen der Untersuchung zufolge war es bisher nur möglich, gegen die vier obgenannten Bursche rechtliche Indizien zu Tage zu fördern. Thomas Zalokar und Johann Košak erscheinen nebst andern Verdachtsgründen insbesondere durch die erhaltenen Verwundungen beinzichtigt; ersterer ist der nämliche, der mit Oberwundarzt Stocka gerungen hatte und endlich liegen geblieben war, letzterer war es, der zuerst Hauptmann Schmidt anfiel und schwer beschädigte. Valentin Šmon erscheint auch hauptsächlich durch eine Verwundung am rechten Ellbogen verdächtigt, die er aber durch die Hacke eines Mühlknechtes, Andreas Andrejka, erhalten haben will. Obwohl letzterer diesen Umstand gleichfalls eidlich bestätigt, so steht doch das Gutachten der Sachverständigen gegenüber, welche die Wunde bestimmt nicht von einer Hacke, sondern wahrscheinlich von einem Säbel herrührend erklärten. Den Franz Šmon endlich verdächtigt in erster Linie die beschworne Aussage der Johanna Javornik, die ihn an der Stelle, wo später der Angriff erfolgte, lauern gesehen haben will.

Der Verlauf der Schlußverhandlung bot keine hervorragenden Momente. Als interessant wäre nur die Art und Weise zu erwähnen, wie die Gendarmen die verwundeten Bauern ausfindig machten. Sie gaben nämlich den Gerichtsdiener, der ihnen die Zustellung gebracht hatte, als einen Wunderdoktor aus, mit dessen Hilfe sie dann überall willig Einlaß fanden. So kamen sie auch zu Zalokar und Košak und als sie gesprächsweise auch erwähnten, daß das Militär ohne Zweifel großen Schadenersatz werde zahlen müssen, wurden die beiden über den ganzen Vorfall auf einmal mittheilsamer.

Der Gerichtshof verurtheilte Thomas Zalokar zu 1 Jahr, Johann Košak zu 1½ Jahren schweren Kerkers, für beide verschärft durch 1 Fasttag alle 14 Tage und Einzelhaft am 2. jeden Monats. Franz und Valentin Šmon wurden nicht schuldig erklärt.

Witterung.

Laibach, 24. Februar.

Bewölkung anhaltend. Schwach bewegte Luft aus Ost und Nordost. Gegen Mittag theilweise gelichtet. Wärme: Morgens 6 Uhr + 3.5°, Nachm. 2 Uhr + 6.6° (1868 + 5.1°, 1867 + 8.4°.) Barometer: 328.78‴, im steigen. Das gestrige Tagesmittel der Wärme + 3.7°, um 3.8° über dem Normale.

Angekommene Fremde.

Am 23. Februar.

Stadt Wien. Grubler, k. k. Bergverwalter, Idria. — Kreitz, Kaufm., Köln. — Kuhari, Reisender, Pest. — Göderon, Kommis, Wien. — Röthel, Kaufm., Gottschee. — Janke, Kaufm., Malgern. — Zeler, Kaufm., Oberlaibach. — Pertz, Handelsm., Malgern.

Elefant. Knina, Reisender, Paris. — Schwarz, Agent, Wien. — De Furlani, Privat, Pirano. — Wullner, Kaufm., Kanischa. — Leßner, Kaufm., Kanischa. — Krips, Optiker, Warasdin. — Leskowitz, Postmeister, Idria. — Sormann, Pfarrer, Kolovrat. — Marolt, Pfarrer, Kreutz, Pihart, Kaufm., Wippach.

Marktbericht.

Laibach, 24. Februar. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 5 Wagen mit Getreide, 4 Wagen mit Heu und Stroh (Heu 29 Ztr. 30 Pfd., Stroh 31 Ztr.), 30 Wagen und 4 Schiffe (35 Klafter mit Holz.

Durchschnitts-Preise.

	Mtl. fl.	Mtl. kr.	Mgz. fl.	Mgz. kr.		Mtl. fl.	Mtl. kr.	Mgz. fl.	Mgz. kr.
Weizen pr. Mtz.	4	40	5	10	Butter, Pfund	—	46	—	—
Korn „	3	—	3	20	Eier pr. Stück	—	1½	—	—
Gerste „	2	80	3	—	Milch pr. Maß	—	10	—	—
Hafer „	1	90	2	—	Rindfleisch, Pfd.	—	21	—	—
Halbfrucht „	—	—	3	60	Kalbfleisch „	—	22	—	—
Heiden „	2	50	3	—	Schweinefleisch „	—	20	—	—
Hirse „	2	70	2	75	Schöpsenfleisch „	—	16	—	—
Kukurutz „	—	—	3	—	Hähndel pr. St.	—	40	—	—
Erdäpfel „	1	50	—	—	Tauben „	—	15	—	—
Linsen „	3	20	—	—	Heu pr. Zentner	—	80	—	—
Erbsen „	3	40	—	—	Stroh „	—	70	—	—
Fisolen „	4	50	—	—	Holz, har., Klftr.	—	—	7	50
Rindschmalz, Pfd.	—	50	—	—	— weich „			5	50
Schweineschm. „	—	43	—	—	Wein, rother, pr. Eimer	—	—	9	—
Speck, frisch „	—	26	—	—	— weißer, „	—	—	10	—
— geräuch. „	—	40	—	—					

Gedenktafel

über die am 27. Februar 1869 stattfindenden Lizitationen.

1. Feilb., Javornik'sche Real., Čikava, 370 fl., BG. Laibach. — 3. Feilb., Jakopin'sche Real., Krajnče, BG. Laas.

Erledigungen: 1 Werkführersstelle und 1 Meistersstelle für die Kesselschmiedwerkstätte im Seearsenale zu Pola, 960 fl. und 720 fl. nebst Quartiergeld. Bis 31. März beim Seearsenals-Kommando Pola.

Theater.

Heute: **Die Zigeunerin.**

Oper in 3 Aufzügen von M. W. Balfé.

Personen: Graf Alban, Oberrichter, Hr. Decarli. — Arline, seine Tochter, Frl. Jellinek. — Frederik, sein Neffe, Hr. Müller. — Thomas, ein schottischer Flüchtling, Hr. Ander. — Die Zigeunerkönigin, Frl. Weiß. — Devilshof, Zigeunerhauptmann, Hr. Göttich.

Telegramme.

Madrid, 22. Februar. In der heutigen Sitzung haben sich die Kortes definitiv konstituirt. Die provisorische Regierung hat resignirt. Prim protestirte gegen die ihm zugeschriebene Neigung zur Restauration der Dinastie der Bourbonen. Rios Rosas beantragt ein Dankesvotum für die provisorische Regierung. Dann wurde Serrano mit der Neubildung des Ministeriums beauftragt.

Gänzlicher Ausverkauf

(44—3) im

Manufakturwaaren-Geschäfte

des

Andreas Jeschenagg

am

Hauptplatze im Magistratsgebäude.

Zugleich

wird die am **1. März** l. J. in der Schießstättgasse Haus-Nr. 80, zweiten Stock, stattfindende **freiwillige Lizitation** von verschiedenen **Einrichtungsstücken, Bettzeug, Gold- und Silbersachen** ꝛc. ꝛc. bekannt gemacht.

Kein Zahnweh!

Von hohlen Zähnen!	Paris: 10.000 Placons Absatz per Monat	Mit Geschwulst!

Die heftigsten Zahnschmerzen jeder Art beseitigt auf ein Jahr sogleich das berühmte Pariser

LITON.

Ein Flacon reicht auf ein Jahr für die grösste Familie. Preis: 70 Nkr.

Haupt-Depot für Laibach bei Hrn. **Birschitz,** Apotheker in Laibach. (37—3)

Durch Post: Emballage und Marke 10 Nkr.

Mit Zahngeschwür!	Durch alle Apotheken zu beziehen.	Unerreicht! Unfehlbar!

Wiener Börse vom 23. Februar.

Staatsfonds.	Geld	Ware
5perc. österr. Währ. .	59.—	59.20
dto. v. J. 1866 . .	63.30	63.50
dto. Rente, öst. Pap.	61.95	62.—
dto. dto. öst. in Silb.	68.—	68.10
Lose von 1854 . . .	90.—	90.50
Lose von 1860, ganze	97.—	97.10
Lose von 1860, Fünft.	100.50	101.—
Prämiensch. v. 1864 .	126.50	126.60
Grundentl.-Obl.		
Steiermark zu 5 pCt.	88.—	89.—
Kärnten, Krain u. Küstenland 5 „ „	86.—	94.—
Ungarn . . zu 5 „	78.50	79.—
Kroat. u. Slav. 5 „	78.50	79.—
Siebenbürg. „ 5 „	74.50	75.—
Action.		
Nationalbank . . .	720.—	722.—
Creditanstalt . . .	287.80	288.—
N. ö. Escompte-Ges.	787.—	789.—
Anglo-österr. Bank .	278.—	278.50
Oest. Bodencred.-A. .	285.—	286.—
Oest. Hypoth.-Bank .	74.—	75.—
Steier. Escompt.-Bk.	230.—	—.—
Kais. Ferd.-Nordb. .	2332	2335
Südbahn-Gesellsch. .	232.90	233.—
Kais. Elisabeth-Bahn.	178.—	179.—
Carl-Ludwig-Bahn	215.25	215.75
Siebenb. Eisenbahn .	158.20	158.40
Kais. Franz-Josefsb. .	171.50	172.—
Fünfk.-Barcser E.-B.	187.50	188.—
Alföld-Fium. Bahn .	160.25	160.50
Pfandbriefe.		
Nation. ö. W. verlosb.	96.50	97.—
Ung. Bod.-Creditanst.	92.50	93.—
Allg. öst. Bod.-Credit.	107.50	108.—
dto. in 33 J. rückz. .	90.50	91.—

	Geld	Ware
Oest. Hypoth.-Bank .	98.—	98.50
Prioritäts-Oblig.		
Südb.-Ges. zu 500 Fr.	112.50	113.—
dto. Bons 6 pCt.	257.50	258.50
Nordb. (100 fl. CM.)	93.75	94.25
Sieb.-B. (200 fl. ö. W.)	88.60	88.80
Rudolfsb. (300 fl. ö. W.)	88.75	89.—
Franz-Jos. (200 fl. S.)	90.25	90.75
Lose.		
Credit 100 fl. ö. W. .	164.50	165.—
Don.-Dampfsch.-Ges. zu 100 fl. CM. .	96.—	97.—
Triester 100 fl. CM. .	120.—	121.—
dto. 50 fl. ö. W. .	57.—	58.—
Ofener . 40 fl. ö. W.	35.50	36.—
Esterhazy 40 fl. CM.	—.—	—.—
Salm . „ 40 „	41.50	42.—
Palffy . „ 40 „	34.50	35.50
Clary . „ 40 „	37.—	38.—
St. Genois „ 40 „	32.50	33.50
Windischgrätz 20 „	22.—	23.—
Waldstein . 20 „	24.50	25.50
Keglevich . 10 „	15.—	15.50
Rudolfsstift. 10 ö. W.	15.50	16.50
Wechsel (3 Mon.)		
Augsb. 100 fl. südd. W.	102.—	102.10
Frankf. 100 fl. „ „	102.25	102.35
London 10 Pf. Sterl.	122.—	122.20
Paris 100 Francs .	48.50	48.60
Münzen.		
Kais. Münz-Ducaten.	5.78	5.79
20-Francsstück . .	9.77	9.77½
Vereinsthaler . . .	1.79½	1.80
Silber	120.50	121.—

Telegraphischer Wechselkours

vom 24. Februar.

5perz. Rente österr. Papier 62.—. — 5perz. Rente österr. Silber 68.15. — 1860er Staatsanlehen 97.10. — Bankaktien 724. — Kreditaktien 292.80. — London 121.80. — Silber 120.25. — K. k. Dukaten 5.76.

Verleger und für die Redaktion verantwortlich: Ottomar Bamberg.

Druck von Ign. v. Kleinmayr & Fed. Bamberg in Laibach.